

XXIII. GP.-NR

5052/J

24. Sep. 2008

ANFRAGE

des Abgeordneten Brosz, Grünwald, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Manipulative Umfrage zu den Studiengebühren im Auftrag des
Wissenschaftsministeriums

Begründung

In der APA wurde am 23. 9. über die Ergebnisse einer Meinungsumfrage zur Abschaffung der Studiengebühren durch das Meinungsforschungsinstitut Fessel GfK im Auftrag des Wissenschaftsministeriums berichtet.

Ein Teilnehmer der Internetumfrage hat uns den Wortlaut der Fragen übermittelt. Die Fragestellung ist äußerst manipulativ und widerspricht allen wissenschaftlichen Kriterien. Vor den konkreten Fragen werden die Segnungen der Studiengebühren und der Zulassungsbeschränkungen beschrieben um damit die Antworten zu beeinflussen.

Diese Umfrage hat einen einzigen Zweck: Die Manipulation der Öffentlichkeit. Es ist bedauerlich, dass sich ein renommiertes Meinungsforschungsinstitut dafür hergibt. Völlig inakzeptabel ist aber, dass ein Regierungsmittel Steuergelder für eine un seriöse, manipulierende und wissenschaftlich unhaltbar Meinungsumfrage verschwendet.

Die Umfrage lautete im Wortlaut:

„Die Studienbeiträge von 363,- Euro pro Semester haben die Durchschnittsdauer um 1 Jahr verkürzt. Daher gibt es kaum noch Studierende die keine Prüfung ablegen. Rund jeder 3. Studierende an Fachhochschulen und jeder 5. Studierende an Universitäten bekommt durch eine Studienförderung die Studienbeiträge ersetzt. Was meinen Sie: Sollen die Studienbeiträge abgeschafft werden und der Steuerzahler für den Einnahmenausfall (150 Mio. Euro pro Jahr) aufkommen, oder sollen die Studienbeiträge erhalten bleiben, da sie ein moderater Beitrag zu den Kosten eines Studiums sind?“

- die Studienbeiträge sollen abgeschafft werden
- die Studienbeiträge sollen erhalten bleiben

Medizin ist das teuerste Studium. Ein Medizinstudent kostet bis zu 40.000 Euro pro Jahr. Daher werden in praktisch allen Ländern die Medizinplätze beschränkt und im Wege von Auswahlverfahren, die geeignetsten Studierenden ausgesucht. Auch Österreich legt seit 3 Jahren die Plätze fest und hat Auswahlverfahren eingeführt (Zulassungsbeschränkungen).

Soll in Zukunft diese Praxis in Österreich...

- für Medizin beibehalten werden?

- wie international üblich auf andere Fächer ausgedehnt werden?
- nur auf jene Fächer ausgedehnt werden, die sehr teuer sind und einen hohen Zustrom an Studierenden aus dem Ausland aufweisen?
- völlig abgeschafft werden?

Studierende kommen überwiegend über die „Matura“ zur Universität, wer keine Matura hat kann über die „Studienberechtigungsprüfung“ oder die „Berufsreifeprüfung“ an die Universität kommen.

Soll die Matura als Voraussetzung für den Besuch einer Universität abgeschafft werden?

- ja, soll abgeschafft werden
- nein, soll nicht abgeschafft werden

Geben sie bitte zu jeder der folgenden Feststellungen an, ob Sie damit eher übereinstimmen oder eher nicht übereinstimmen. (jeweils zwei Antwortmöglichkeiten – „stimme eher überein“ oder „stimme eher nicht überein“)

- Studierende liegen den Eltern und dem Staat auf der Tasche
- Student sein ist eigentlich ein Beruf – wer es ernsthaft betreibt hat einen Fulltime-Job
- Studenten werden von der Gesellschaft vernachlässigt, es sollte viel mehr für Studierende getan werden“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wurde die zitierte Umfrage vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegeben?
2. Welches Institut wurde mit der Umfrage beauftragt?
3. Gab es dafür eine Ausschreibung, wenn nein, warum nicht?
4. Haben Sie die Umfrage mit den konkreten Fragestellungen inklusive der Einleitungen zu den Fragen in Auftrag gegeben?
5. Halten Sie die Fragestellungen für neutral, wie das bei einer wissenschaftlich fundierten Befragung erforderlich ist, um die Ergebnisse durch eine wertende Fragestellung nicht zu beeinflussen?
6. Wie verantworten Sie die Beauftragung einer Meinungsumfrage, die offenbar den einzigen Zweck hatte, nämlich die Manipulation der Öffentlichkeit?
7. Wie hoch waren die Kosten für die Umfrage?
8. Wird das Ministerium weiter mit diesem Meinungsforschungsinstitut zusammenarbeiten?